

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Mindestlohn-Initiative 4-5

NEIN zur schädlichen Initiative, die Arbeitsplätze vernichtet!



JA zum Gripen 8-9

Sicherheit für Land und Lüt!



Aussenpolitik 12-13

Unsere Zukunft in Europa



**MEHR ALS EINE
DRUCKEREI** ...

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegefeldstrasse 60 4601 Olten

T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

AN DIE URNE!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 18. Mai 2014

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung annehmen? (Direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)	Antwort <i>Nein</i>
Wollen Sie die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» annehmen?	Antwort <i>Ja</i>
Wollen Sie die Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» annehmen?	Antwort <i>Nein</i>
Wollen Sie das Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz) annehmen?	Antwort <i>Ja</i>

2 Editorial

Die SVP in den Schweizer Medien im April 2014



Das Wort des Parteipräsidenten

JA zur Armee – JA zum Gripen



Im letzten Herbst erst sagte das Schweizer Volk deutlich Ja zur allgemeinen Wehrpflicht. Ein Nein zum Gripen-Fonds-Gesetz wäre der erste politische Erfolg der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) und würde die Armeeabschaffer einen Schritt näher an ihr ersehntes Ziel bringen. Dass dies unter gütiger Mithilfe von sogenannten „bürgerlichen“ Politikern geschieht, macht die Sache nur noch schlimmer.

Warum braucht es ein überzeugtes JA von allen SVP-Mitgliedern? Wird die Luftwaffe nicht erneuert, so werden wir früher oder später schutzlos dem Ausland ausgeliefert, abhängig von den Nato-Staaten. Als Bettler und Bittsteller würde die Schweiz ihre Sicherheit in fremde Hände legen, müsste einen allfälligen Schutz nicht nur teuer erkaufen sondern würde ihre Unabhängigkeit vollends verlieren.

Es braucht ein JA zum Gripen, weil mit einer Schwächung unserer Armee die dauernd bewaffnete Neutralität unterlaufen wird. Das passt natürlich ins Konzept der Internationalisten und Anpasser aller Parteien.

Es braucht ein JA zum Gripen, weil der aktuelle Konflikt in der Ukraine uns eindrücklich vor Augen führt, dass es jederzeit und ohne grosse Vorwarnungen zu Unruhen und Konflikten kommen kann. Wer jetzt vom ewigen Frieden spricht, wird aktuell täglich von der Realität überrollt.

Es braucht ein JA zum Gripen, weil eine freie und unabhängige Schweiz nicht nur die Verteidigung unseres Landes am Boden bedingt, sondern auch die Sicherung unseres Luftraumes. Wer Nein stimmt, tut dies im Gleichschritt mit den Armeeabschaffern und jenen Kreisen, die die Schweiz schon lange gerne am liebsten in der EU und NATO sehen würden.

Der Abstimmungskampf für eine sichere Schweiz geht in die letzte Phase. Es gilt jetzt, jede einzelne JA-Stimme zu mobilisieren. Zum Wohle unserer schönen, einzigartigen Schweiz!

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Können die Schweizer Studenten nicht mehr im Ausland studieren?

Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat die Europäische Union unter einem Vorwand die Verhandlungen über die Teilnahme der Schweiz am Bildungsprogramm «Erasmus für alle» sistiert. Studenten und Akademiker spielen sich als Hauptbetroffene auf und beklagen nun bildungs- und forschungspolitische Nachteile aufgrund der Masseneinwanderungsinitiative.

INTERVIEW | mit Nationalrat Felix Müri, Emmenbrücke (LU)

Herr Müri, sind die Studenten wirklich die Hauptbetroffenen dieser Sistierung?

Nein. Von den 305 Millionen Franken, die das Parlament Ende September 2013 für die anstehenden EU-Bildungsprogramme unter dem Titel «Erasmus für alle» verabschiedet hatte, sollte nur ein kleiner Teil für den Studentenaustausch verwendet werden. Zudem war bereits das Vorgängerprogramm ein eigentlicher Selbstbedienungsladen auf Kosten des Schweizer Steuerzahlers. Aus diesem wurde alles Mögliche finanziert: Vom Pinocchio-Forum über Vegetarier-Kampagnen bis zu Yoga- und Zirkuskursen für Erwachsene. Daher ist dieser Marschhalt gar nicht so schlecht.

Können denn Studenten nach dieser Sistierung wirklich nicht mehr reisen?

Selbstverständlich können sie auch weiterhin im Ausland studieren. Neben Erasmus gibt es schliesslich noch eine Reihe anderer Austauschprogramme. Zudem besteht eine Vielzahl an Verträgen zwischen Universitäten und Fakultäten auf internationaler Ebene. Abgesehen davon bin ich der Meinung, dass man von Studenten, die im Ausland studieren möchten, ein gewisses Mass an Eigenverantwortung verlangen darf, wenn es um die Finanzierung ihrer Studiengebühren geht.

Gab es denn nicht noch andere Gründe als die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, weshalb die Verhandlungen über dieses Bildungsprogramm, welches ja bereits seit 1.1.2014 läuft, nicht abgeschlossen werden konnten?

Die EU forderte von der Schweiz im Verlauf der Verhandlungen den mehrfachen Betrag von dem, was wir im Parlament letztlich gesprochen haben. Unter diesen Voraussetzungen konnte der Bundesrat die Verhandlungen unmöglich weiterführen. Da niemand – nicht einmal das Parlament oder die zustän-

Wie geht es nun weiter mit «Erasmus für alle»?

Der Bundesrat hat vor kurzem eine Übergangslösung präsentiert, die aufzeigt, dass die öffentlichen Mittel ohne Probleme für die gewünschten Bildungsziele und die studentische Mobilität eingesetzt werden können.



Aus dem Bildungsprogramm «Erasmus für alle» wurde alles Mögliche finanziert: Vom Pinocchio-Forum über Vegetarier-Kampagnen bis zu Yoga- und Zirkuskursen für Erwachsene. Daher ist dieser Marschhalt gar nicht schlecht.

digen Kommissionen – über diese Probleme und Verzögerungen informiert wurden, packte die EU die Gelegenheit beim Schopf und instrumentalisierte ihre Sistierung als Sanktion für die Annahme unserer Masseneinwanderungsinitiative. Leider spielen die Studenten, Akademiker und EU-Befürworter dieses unsägliche Spiel mit.

Dieser Weg muss konsequent weiterverfolgt werden.

Eine vollständige Assoziierung an «Erasmus für alle» braucht es hingegen nicht. Ausserdem müssen wir wegkommen von der herrschenden Anspruchsmentalität. Es kann nicht sein, dass der Staat für private Auslagen x Millionen ausgeben muss.

4 NEIN zur Mindestlohn-Initiative

Nein zum gefährlichen sozialistischen Experiment

Die Mindestlohn-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes verlangt, dass der Bund einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festlegt, oder 4'000 Franken pro Monat, der laufend an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst wird. Das ist Weltrekord!

Heute werden die Löhne gemeinsam zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften ausgehandelt. Weil es den Gewerkschaften bisher nicht gelungen ist ihre gesetzten Ziele, Gesamtarbeitsverträge für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber flächendeckend einzuführen, soll ihr Kernanliegen nun an den Staat auf Verfassungsebene delegiert werden. Das bedeutet: mehr Vorschriften, mehr Kontrollen, Abbau von Arbeitsplätzen und Teilzeitstellen. Aus Sicht der Arbeitnehmer, deren Interessen die Gewerkschaften eigentlich vertreten sollten, ein Eigengoal besonderer Güte. Mit solch unsinnigen, kontraproduktiven Massnahmen fahren wir nicht nur die Wirtschaft an die Wand, sondern bauen wertvolle Arbeitsplätze ab.

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell, von dem wir dank einer gut funktionierenden freiheitlichen Wirtschaft und hohem Wohlstand profitieren. Zu diesem Erfolgsmodell tragen tagtäglich viele Un-

ternehmerinnen und Unternehmer bei, indem sie mehr leisten als viele andere, bereit sind Risiko zu tragen und eigene finanzielle Mittel in das Unternehmen einfließen lassen. So schaffen und erhalten sie viele Arbeits- und Ausbildungsplätze und bezahlen gute Löhne. Dieses Erfolgsmodell wird unverständlichlicherweise von aussen und innen immer wieder torpediert, dagegen müssen wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen.

So hat unser Land heute im internationalen Vergleich eine sehr tiefe Jugendarbeitslosigkeit. Das duale Berufsbildungssystem hat sich bewährt, und bietet vielen jungen Menschen einen guten Berufseinstieg, und es gibt auch viele Teilzeitstellen. Löhne sind immer an Ausbildung, Leistung und Übernahme von Verantwortung gebunden, und können sich entsprechend schnell nach oben entwickeln.

„Mehr Lohn gleich mehr Konsum gleich Umsatzsteigerung“, diese Aussage ge-

hört ins Land der Märchen. Lohnerhöhungen müssen immer auf die Produktkosten abgewälzt werden, damit die Rechnung aufgeht. Kaum jemand aber ist bereit, höhere Preise zu akzeptieren. Und dieser Mechanismus befeuert schliesslich in logischer Konsequenz den Stellenabbau. Das ist nicht im Sinne von uns KMU- und Gewerbevertretern, und schon gar nicht im Interesse der Arbeitnehmer.

Die Festlegung der Löhne ist Aufgabe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und nicht Aufgabe des Staates oder der Verwaltung.

Deshalb: NEIN zur schädlichen Mindestlohn-Initiative, die Arbeitsplätze vernichtet!



von Nationalrätin
Sylvia Flückiger,
Schöftland AG



zum schädlichen Mindestlohn

Er verdrängt Schwächere aus dem Arbeitsmarkt. Teilzeitstellen verschwinden. Der Berufseinstieg wird erschwert.



zum schweizweiten Mindestlohn

Er wirft alle Regionen, Branchen und Qualifikationen in einen Topf. Das ist falsch.



zum staatlich diktierten Mindestlohn

Er untergräbt die bewährte Ausgestaltung der Löhne zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und beschränkt den freien Arbeitsmarkt. Das schadet der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Ein JA wäre Gift für die Gastro-Branche

Die Mindestlohn-Initiative hätte auf die Gastrobranche verheerende Auswirkungen: Die steigenden Lohnkosten würden die Unternehmer dazu zwingen, Personal zu entlassen oder die Anzahl Lehrstellen stark zu begrenzen. Die verbleibenden Mitarbeiter müssten für den gleichen Lohn mehr Arbeit leisten.

von Adrian Spahr (20), Restaurationsfachmann EFZ, Lengau (BE)



Der Betrieb, in dem ich arbeite, bildet jedes Jahr zwei bis drei Lernende aus. Ein Stundenlohn von 22 Franken wäre finanziell nicht verkraftbar.

Im Dezember 2010 kam ich von einem halbjährigen Aufenthalt aus Brasilien zurück in die Schweiz. Ich bewarb mich um eine Lehre als Restaurationsfachmann EFZ. Da es für mich sehr wichtig war, bis Lehrstellenantritt einer Tätigkeit nachzugehen, bemühte ich mich um eine Stelle zur Überbrückung. Bei einem Landschaftsgärtner aus Lengau konnte ich kurz darauf anfangen. Er fragte mich in der ersten Woche, ob 15 Franken in der Stunde für mich in Ordnung seien. Für einen Schulabgänger ohne Erfahrung im Gartenbau schien mir

das ein angemessener Lohn. In dieser Zeit lernte ich nicht nur Sachbezogenes für den Gartenbau, sondern vor allem auch Arbeitsabläufe und Fertigkeiten, welche ich in meinem späteren Arbeitsleben gebrauchen kann. Heute weiss ich, dass es mit einem Stundenlohn von 22 Franken niemals möglich gewesen wäre, Arbeit für dieses halbe Jahr zu finden.

Nun bin ich seit fast drei Jahren in einem typischen KMU-Restaurant tätig und werde im Sommer die Lehre zum Restaurationsfachmann EFZ

abschliessen. Gerade ich als Lehrling in der Gastro-Branche weiss, welche negativen Auswirkungen ein starrer Mindestlohn sowohl für Arbeitgeber, wie auch Arbeitnehmer hätte. Im Gastgewerbe sind wir auf viele Hilfsarbeiter angewiesen, sei es in der Küche, am Buffet, im Hotel oder bei der Reinigung. Gerade in der Gastronomie aber, wo die Mitarbeiterkosten 50% der Kostenstruktur ausmachen, wäre es unmöglich, allen 4'000 Franken zu bezahlen.

Ein starrer Mindestlohn würde den Einsatz von Hilfskräften in Zukunft aber verunmöglichen. Wir in der Gastro-Branche haben einen Landesgesamtarbeitsvertrag, welcher mir nach abgeschlossener Berufslehre 4'100 Franken im Monat garantiert. Fachkräften wird vielerorts bereits mehr bezahlt, als die Mindestlohninitiative verlangen würde. Ich weiss nicht, ob mein Lehrbetrieb - der jährlich mindestens zwei bis drei Lernende zu Fachkräften ausbildet - mit einem Mindestlohn von 22 Franken in der Stunde oder 4'000 Franken im Monat überleben kann, da auch wir auf Aushilfen angewiesen sind. Die von den Aushilfen geleistete Arbeit müsste von uns Fachkräften zusätzlich übernommen werden.

Im Klartext: Ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde hätte zur Folge, dass die Ungelernten entlassen würden und die verbleibenden Mitarbeiter für den gleichen Lohn mehr Arbeit leisten müssten. Die Gewerkschaften wären sogleich auch wieder die Ersten, welche diesen Missstand kritisieren würden. Wir haben heute ein gutes System. Bleiben wir dabei!

6 NEIN zur Hausarztmedizin

Überregulierung im Gesundheitswesen ausbauen?

Der Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung, über welchen wir als direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» am 18. Mai abstimmen, ist antiföderalistisch und unnötig. Die staatliche Regulierung im Gesundheitswesen wird damit weiter ausgebaut.

Wollen wir wirklich Bundesbern nachgeben und unsere Verfassung mit einem neuen Artikel 117a anreichern, welcher die medizinische Grundversorgung regulieren will? Die Absicht klingt zwar verlockend, dass „jeder Zugang zu einer ausreichenden medizinischen

«Die Kantone sind heute durchaus in der Lage, gezielte und effektive Massnahmen zu implementieren, um mit schwierigen Situationen, wie zum Beispiel der Knappheit in einigen Bereichen, umzugehen.»

NATIONALRAT GUY PARMELIN,
BURSINS (VD)

Grundversorgung von hoher Qualität“ haben sollte. Trotzdem sollte dieser Gegenentwurf am 18. Mai abgelehnt werden.

Zentralistische Regulierungen

Einerseits bedeutet dieser Artikel ein Eindringen des Bundes in einen Bereich, der in der Hoheit der Kantone liegt. Andererseits hindert uns nichts daran, durch die Anpassung bestehender Gesetze, verschiedene Massnah-

men einzuleiten, um die Ausbildung und Perspektiven von Hausärzten zu verbessern sowie Akteure in diesem sensiblen Bereich als medizinische Grundversorger zu fördern.

Keine Notwendigkeit für ein Eingreifen des Bundes

Die Kantone sind heute durchaus in der Lage, gezielte und effektive Massnahmen zu implementieren, um mit schwierigen Situationen, wie zum Beispiel der Knappheit in einigen Bereichen, umzugehen. Es besteht somit keine Notwendigkeit für einen neuen Verfassungsartikel, der nur Tür und Tor für interventionistische Massnahmen einiger Planer des Bundes öffnet.

Problematische Umsetzung

Ich sehe jetzt schon Probleme bei der Umsetzung, etwa bei der Definition, was eine angemessene und ausreichende medizinische Grundversorgung von hoher Qualität ist. Die Konflikte sind bereits vorprogrammiert. Zwischen den unausweichlichen zentralistischen Regelungen des Bundes und den zu Recht misstrauischen Kantonen, welche eigentlich genug kompetent wären, auf die Bedürfnisse vor Ort zu reagieren und Lösungen anzubieten. Wir ris-

kieren damit sogar neue Blockaden im Gesundheitswesen, die negative Auswirkungen auf unser gesamtes Gesundheitssystem und für die Patienten haben werden.

Es stimmt nachdenklich, wenn der Staat die direkte Kompetenz erhalten soll „die angemessene Abgeltung der Leistungen der Hausarztmedizin“ zu bestimmen. Welches sind die Kriterien, um die angemessene Entschädigung zu definieren? Wer bezahlt und wie wird bezahlt? Dies sind die grundlegenden Fragen und Sorgen auf die die Anhänger dieses mehr als unbefriedigenden Gegenentwurfs antworten müssen. Es ist für sie aber ein Gang auf glühenden Kohlen. All diese Unbekannten und die Gefährdung des Föderalismus machen deutlich, dass bei diesem Gegenentwurf die Bürgerinnen und Bürger überzeugt werden müssen, in weiser Voraussicht am 18. Mai beim Thema Hausarztmedizin ein NEIN in die Urne zu werfen.



von Nationalrat
Guy Parmelin,
Bursins (VD)



Am 18. Mai

NEIN zum Bundesbeschluss über die
medizinische Grundversorgung

Kinder schützen

Am 18. Mai kommt eine Initiative der «Marche Blanche» zur Abstimmung, die verhindern will, dass verurteilte Pädophile je wieder die Gelegenheit bekommen, mit Kindern zu arbeiten. Das Parlament hat dieser Vorlage weder einen direkten noch einen indirekten Gegenvorschlag entgegen gesetzt und auch keine Parole dazu beschlossen.

Obwohl die bisherige Praxis es den Richtern sehr wohl erlaubte, Kinder von Pädophilen durch ein Berufsverbot fern zu halten, wurde diese Massnahme aber noch nie verhängt. Die Gruppe „Marche Blanche“ hat daher beschlossen, diese Lücke zu schliessen und eine Initiative zu lancieren, welche ein definitives Berufsverbot verlangt.

Ohne Wenn und Aber. Pädophile sind in der Regel Wiederholungstäter und fühlen sich von kindlichen Körpern sexuell erregt. Da gebietet der gesunde Menschenverstand, dass sie von Kindern fern gehalten werden.

Machenschaften der Gegner

Gewisse Kreise haben nun in aller Schnelle einen Gesetzestext durch das Parlament geboxt, um der Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das Problem ist nur, dass diese Gesetzesvorlage keineswegs im Widerspruch zur Initiative steht, sondern diese ergänzt.

Die Initiative hat aber im Gegensatz zu diesem Gesetz einen entscheidenden Vorteil: Sie sieht keinen Ermessensspielraum für den Richter und keine zeitliche Beschränkung des Berufsverbots vor.

Unhaltbare Gegenargumente

Der von den Gegnern oft bemühte Fall von Jugendliebe, wo ein Achtzehnjähriger mit einer Fünfzehnjährigen eine sexuelle Beziehung eingeht,

Jenen, die behaupten, der Initiativtext sei zu vage, sei gesagt, dass erst das Ausführungsgesetz die Details festlegen wird.

Kinder vor Pädophilen schützen



Die Initiative stellt nur die Grundsatzfrage: „Soll ein verurteilter Kinderschänder je wieder die Gelegenheit bekommen, mit Kindern zu arbeiten?“ Die Antwort ist ganz klar: NEIN! Welchen Blick wirft ein solcher Mensch auf unsere Kinder, falls er wieder vor einer Schulklasse stehen sollte?

Die Frage der Verhältnismässigkeit

Was die Verhältnismässigkeit angeht, so ist diese in zweifacher Hinsicht garantiert: erstens dadurch, dass die erste Lebenschance des unschuldigen Kindes in der Interessenabwägung mehr wiegt als die zweite Chance eines Pädophilen. Und zweitens, weil es tausende von Berufen gibt, auch im Sozialbereich, die dem Pädophilen offen stehen. Es muss doch nicht unbedingt wieder eine Arbeit mit Kindern sein, wenn man weiss, was für lebenslängliche psychische Schäden der sexuelle Missbrauch eines Kindes bei den Opfern hinterlässt.

ist von der Initiative eindeutig NICHT betroffen, da nur Pädophile betroffen sind, das heisst Menschen, die von sexuell noch nicht ausgereiften Kinderkörpern sexuell erregt werden. Hinzu kommt, dass Fälle von Jugendliebe schon heute nicht verurteilt werden, weil der Richter die Möglichkeit hat, von einer Verurteilung abzusehen.



von Staatsrat und Nationalrat
Oskar Freyinger,
Vizepräsident SVP Schweiz,
Savièse (VS)

Blicke in die Zukunft

von Jürg Stüssi-Lauterburg, Historiker, Windisch (AG)

Wo der Wunsch zum Vater des Gedankens wird, zieht Gefahr auf. Das goldene Zeitalter - eine Sehnsucht des Römers Vergil, das Wolkenkuckucksheim - eine Ausgeburt des Griechenkopfes Aristophanes, das Schlaraffenland - ein Märchenmotiv. Obwohl wir um unsere Neigung zur Flucht ins Irreale wissen, erliegen wir stets von neuem der Versuchung. Das ist nicht ehrenrührig. Wer, wie Henry Dunant, von einer besseren Welt träumt, bringt manchmal die Menschheit tatsächlich voran. Allein, wer nicht glaubt, dass das Böse real existiert, dürfte schon lange keine Zeitung mehr gelesen haben. Wir alle aber tragen heute Verantwortung für die Freiheit der nächsten Generation.

Thomas Jefferson hatte die amerikanische Unabhängigkeitserklärung redigiert. Jefferson war Chef der US-Diplomatie in Frankreich. Dieser doppelte Kenner von Revolution und Frankreich beschrieb am 13. August 1786 für George White in Amerika die Länder Europas "in denen Unwissenheit, Aberglauben, Armut und Unterdrückung von Leib und Seele so stark auf der Masse des Volkes lasten, dass dessen Erlösung davon niemals erhofft werden kann. Hätte der Allmächtige tausend Söhne und nicht nur einen gezeugt, so hätte das für diese Aufgabe nicht ausgereicht." Man werde die Europäer auch in 1000 Jahren nicht auf die Stufe der - revolutionären - Amerikaner heben können. Drei Jahre später war die

Bastille gestürmt, sechs Jahre später die Tuilerien und sieben Jahre später war König Ludwig XVI guillotiniert.

«Allein, wer nicht glaubt, dass das Böse real existiert, dürfte schon lange keine Zeitung mehr gelesen haben. Wir alle aber tragen heute Verantwortung für die Freiheit der nächsten Generation.»

JÜRGI STÜSSI-LAUTERBURG,
HISTORIKER, WINDISCH (AG)

Jefferson war ein kluger Kopf. Die Zukunft konnte auch er nicht vorhersehen, nicht auf drei Jahre, schon gar nicht auf sieben. Wir wissen es ja:

Wer 9/10 erlebt hat, den 10. September 2001, weiss genau, dass er damals nicht an die sicherheitspolitische Lage gedacht hat, welche einen Tag später, nach den Terrorangriffen der Leute Osama Bin Ladens auf World Trade Center und Pentagon herrschte. Sind wir denn dumm? Nein, aber es sind zu viele Faktoren mit laufend sich änderndem Gewicht am Werk, um Terroranschläge, um Kriege, wie in Georgien 2008, oder Revolutionen, wie in Ägypten 2011 oder in der Ukraine 2014, und die Folgen exakt zu prognostizieren. Eine vernünftige Vorsicht ist deshalb angezeigt, wo man Versäumtes nicht nachholen kann, sei es beim zweckmässigen Haushaltvorrat, sei es bei einer minimalen Bereitschaft unserer Schweiz in der Luft.

Aktuelle Krisenherde 2014

Quelle: Global Peace Index 2013 + aktuelle Ereignisse



Kooperation Polizei – Armee – Luftpolizei

Sicherheit ist von zentraler Bedeutung für unser Land, unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand. Es ist deshalb eine vorrangige Aufgabe unseres Staates, für Sicherheit zu sorgen.



Der Luftpolizeidienst sichert die Integrität und Souveränität der Schweiz.

Während am Boden verschiedene Sicherheitsorgane im Einsatz stehen, ist die Luftwaffe für den täglichen Luftpolizeidienst sowie für die Luftverteidigung in Krisensituationen allein zuständig. Die Beschaffung neuer Flugzeuge ist deshalb eine Investition für eine Zukunft mit Sicherheit.

Die Armee leistet ihren Beitrag zur Sicherheit

Die Armee leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Sie unterstützt die Polizei bei ausserordentlichen Lagen, hilft bei Katastrophen, schützt im Bedarfsfall wichtige Infrastrukturen (z.B. Energie- und Versorgungsunternehmen, Flughäfen und Bahnhöfe von nationaler Bedeutung, wichtige Verkehrsachsen, Brücken oder Durchgänge) und ist unsere Versicherung im Falle

von kriegerischen Bedrohungen. Auch wenn ein militärischer Angriff heute unwahrscheinlich scheint, so kann ein solcher für die nächsten Jahre und Jahrzehnte nicht ausgeschlossen werden. Ganz abgesehen von terroristischen Bedrohungen sowie von Cyber-Attacken, die jederzeit und sofort auftreten können. Unsere Armee soll deshalb ein breites Spektrum von Leistungen erfüllen können. Dazu gehört auch die Erhaltung und Durchsetzung unserer Souveränität in der Luft.

Schutz des Luftraums

Die Luftwaffe hat den Auftrag, unseren Luftraum permanent zu überwachen, zu kontrollieren, zu schützen und gegebenenfalls zu verteidigen. Kampfflugzeuge kommen fast täglich zum Einsatz. Im Luftpolizeidienst helfen sie zivilen Flugzeugen bei Naviga-

tionsproblemen und Funkpannen. Sie kontrollieren nicht bewilligte Einflüge und greifen bei unerklärlichen Abweichungen von vorgesehen Flugrouten und Flugplänen ein. Im Falle einer akuten Bedrohung verteidigt die Luftwaffe mit vier oder mehr Flugzeugen unser Land aus der Luft, hilft bei der Aufklärung und unterstützt die Bodentruppen.

Aus sicherheitspolitischen Gründen empfehle ich deshalb ein JA zum Gripen-Fonds-Gesetz.



*von Nationalrätin
Andrea Geissbühler,
Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission,
Bäriswil (BE)*

NO.1 PREMIUM HYBRID.

zahnemannlinthaus

LEADERSHIP IN BEWEGUNG: DER LEXUS RX 450h.



ERLEBEN SIE DEN RX 450h LIVE: JETZT TESTEN
UND VOM LEXUS PREMIUM-PREISVORTEIL VON CHF 7000.-*
PROFITIEREN! WEITERE ATTRAKTIVE ÜBERRASCHUNGEN
ERWARTEN SIE AUF LEXUS-FAHREN.CH/RX

 /LexusSwitzerland

Leadership heisst allen vorangehen, aber auch Verantwortung übernehmen. So, wie Lexus mit der PREMIUM-GELÄNDE-LIMOUSINE LEXUS RX 450h: Vollendetes Design trifft auf fortschrittlichste Technologie. Wegweisender Vollhybridantrieb mit beeindruckender Kraftentfaltung und klassenbesten Emissions- und Verbrauchswerten. E-Four-Allradantrieb und serienmässiger Komfort à discretion für komplettes Fahrvergnügen. EINE PROBEFAHRT WIRD SIE VOLLENDTS BEGEISTERN.

RX 450h



LEXUS CENTER: BASEL EMIL FREY AG BERN-OSTERMUNDIGEN EMIL FREY AG CRISSIER EMIL FREY SA ERLNBACH-ZOLLIKON EMIL FREY AG GENÈVE EMIL FREY SA NORANCO-LUGANO EMIL FREY SA SAFENWIL EMIL FREY AG SCHLIEREN EMIL FREY AG ST. GALLEN EMIL FREY AG WETZIKON GRUSS EHRLER AG ZÜRICH NORD EMIL FREY AG

* Empfohlener Netto-Verkaufspreis (nach Abzug Lexus Premium-Preisvorteil) inkl. MwSt. RX 450h impression (3,5-Liter-Vollhybrid, 5-türig) ab CHF 78 000.-, abzüglich Lexus Premium-Preisvorteil CHF 7000.- = CHF 71 000.-. Leasingrate monatlich CHF 663,60 inkl. MwSt. Ø Verbrauch 6,3 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 145 g/km, Energieeffizienz-Kategorie C. Abgebildetes Fahrzeug: RX 450h F SPORT (3,5-Liter-Vollhybrid, 5-türig) ab CHF 95 000.-, abzüglich Lexus Premium-Preisvorteil CHF 7000.- = CHF 88 000.-. Leasingrate monatlich CHF 821,20. Sonderzahlung 25 % vom Nettopreis. 48 Monate, 10 000 km/Jahr. Eft. Jahreszins 3,97%. Kautions 5 % des Finanzierungsbetrags. Restwert gemäss Richtlinien der Multilease AG. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt. Lexus Premium-Leasing und Lexus Premium-Preisvorteil gültig für Vertragsabschlüsse vom 01.05. bis 30.06.2014 oder bis auf Widerruf.
Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 715/2007/EWG. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 148 g/km.

Der Kampf geht weiter

Der Kampf um den Lehrplan 21 geht in eine nächste Runde. Nun sind die kantonalen Parlamente gefragt, ihre bildungs- und finanzpolitische Verantwortung wahrzunehmen und die schleichende Einführung des Lehrplanes 21 zu verhindern. Denn die Bildungskosten laufen mit dieser Riesenreform noch weiter aus dem Ruder.

Der Lehrplan 21 ist ein Ableger von HarmoS. Zielsetzung dieses Lehrplanes 21 war ursprünglich eine Anleitung für die 21 Deutschweizer Kantone zu entwickeln, in der Annahme so eine harmonisierte Schullandschaft zu schaffen. Ein aufgeblasener Verwaltungsapparat, der aus EDK, Regierungsräten und angeblichen Experten besteht, hat während mehreren Jahren diesen Plan in geheimer Aktion entwickelt. Die Bürger, welche in diese Geschichte hätten miteinbezogen werden müssen, liess man offensichtlich absichtlich aussen vor. Das 550-seitige Werk untergräbt die Funktion des Lehrpersonals und die Schüler müssen sich mit Kompetenzen herumschlagen. Die neu erfundene Grundlage des Lernens soll demnach sein, den Schülern Kompetenzen abzuverlangen, und der gute Lehrer hat dabei die Aufgabe, als Coach zu fungieren.

Vernehmlassung war eine Farce

Die Vernehmlassung zu diesem Werk hat zwar stattgefunden, diese kam aber mehr als eine Alibi-Übung daher. Kritische Stimmen von Lehrpersonen, Lehrerverbänden, Kantonen und sämtlichen anderen Behörden wurden laut. Der

«Dem Souverän wurde mit dem Bildungsartikel einmal mehr eine trügerische Abstimmungsvorlage unterbreitet, eine Schulharmonisierung kostenneutral zu schaffen.»

CAROLINE MALL,
SVP LANDRÄTIN DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

Kanton Basel-Landschaft hat auf diesen Druck reagiert und die Rückweisung des Lehrplanes an die EDK beschlossen. Im Herbst 2014 kommt die nur unwesent-

lich abgespeckte Version trotzdem auf den Tisch.

Finanzpolitischer Wahnsinn

Das ist die eine Seite der Medaille, von welcher wir täglich lesen können. Es gibt aber bis heute keine abschliessende Bilanz, was uns dieser ganze Zirkus schweizweit gekostet hat und noch kosten wird. Ich kann nur für den Kan-

sie von Bildungsdirektoren versprochen wurde.

Kantonale Parlamente in der Pflicht

Fazit: Dem Souverän wurde mit dem Bildungsartikel einmal mehr eine trügerische Abstimmungsvorlage unterbreitet, eine Schulharmonisierung kostenneutral zu schaffen. Der Lehrplan 21 ist eine Nachwehe von HarmoS und darf nicht in der



Die Kosten für die Bildungsreformen werden durch den Lehrplan 21 angeheizt aus dem Ruder laufen und Gemeinde und Kantone belasten.

ton Basel-Landschaft sprechen. Beim Kanton Basel-Landschaft sind Kosten zu verbuchen, die sich um die CHF 37 Mio. bewegen. Die Kosten auf Gemeindeebene bewegen sich ebenfalls in Millionenhöhe, da die meisten Gemeinden plötzlich vom Wahn getroffen sind, sämtliche Schulhäuser einerseits vergoldet zu sanieren und andererseits beklagen sie den nötigen Schulraum, der HarmoS bzw. der Lehrplan 21 fordert. Soviel zur Kostenneutralität, wie

Dunkelkammer verabschiedet werden. Die kantonalen Parlamente müssen ihre politischen Instrumente anwenden und ihre Verantwortung wahrnehmen, damit der Souverän über dieses Mammut-Werk das letzte Wort hat.



von Caroline Mall,
SVP Landrätin des Kantons
Basel-Landschaft

Unsere Zukunft in Europa

Christoph Blocher hat in einem kürzlich in der Aargauer Zeitung erschienenen Text die aktuellen europapolitischen Zusammenhänge zusammengefasst. Er ordnet dabei auch das JA des Volkes zur Masseneinwanderungs-Initiative am 9. Februar ein.

Zwei entsetzliche Weltkriege haben im 20. Jahrhundert grosse Teile des europäischen Kontinents politisch, wirtschaftlich und moralisch zerrüttet. Einen Ausweg aus der Krise früherer Feindseligkeiten sahen manche Politiker in der so genannten „europäischen Integration“, dem angeblich „immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“. Was ein lockerer Staatenbund war, entwickelte sich schliesslich zu ei-

nem staatsähnlichen Gebilde. Ziel wurde die Vereinheitlichung, der Zentralstaat und die Grossmacht. Kritik an Geist und Wegen dieser Integration prallte ab am moralischen Anspruch, die EU sei eine Friedenskonstruktion. Und darum jede Infragestellung verboten.

EU widerspricht der politischen Vielfalt

Wer die Sache vorurteilsfrei anschaut,

musste zum Schluss kommen, dass die Europäische Union eine „intellektuelle Fehlkonstruktion“ ist. Sie widerspricht diametral der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vielfalt ganz verschiedener Länder und Völker. Doch die EU überfuhr diese Tatsachen, was in einer überstürzten gemeinsamen Währung, dem Euro, gipfelte. Auch die Personenfreizügigkeit führte sie über die Menschen hinweg ein. Heu-



Am 9. Februar 2014 entschied die Schweizer Bevölkerung, dass sie die Zuwanderung wieder eigenständig kontrollieren will. Dieser Akt der Selbstbestimmung wäre als Mitgliedsstaat der Europäischen Union nicht möglich gewesen.

te zeigen sich die schweren Folgen: Staatsbankrotte, Länder, die sich mangels eigener Währungshoheit nicht aus dem Schlamassel ziehen können. Ein Euro, der für Deutschland zu schwach, für Italien, Griechenland, Frankreich zu stark ist. Hohe Arbeitslosigkeit und Armut.

Unabhängigkeit ist Stärke der Schweiz

Die Schweiz hat bisher – dank der direkten Demokratie – dem EU-Beitritt widerstanden. Anders die „Eliten“ in

«Wer die Sache vorurteilsfrei anschaut, musste zum Schluss kommen, dass die Europäische Union eine „intellektuelle Fehlkonstruktion“ ist. Sie widerspricht diametral der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vielfalt ganz verschiedener Länder und Völker.»

NATIONALRAT CHRISTOPH BLOCHER,
VIZEPRÄSIDENT SVP SCHWEIZ, HERRLIBERG (ZH)

Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur. Sie leiden bis heute an der angeblichen Schicksalslosigkeit unseres neutralen Kleinstaates. Sie sehnen sich nach internationaler Betriebsamkeit, nach Erlösung durch die Integration in die europäische Union. Doch wer Augen hat, der sehe! Und ich kann nur wiederholen: Die Stärke der Schweiz ist ihre Selbständigkeit. Der Föderalismus, die direkte Demokratie und die Neutralität. Dies darf sie nicht preisgeben. Ich spreche auch als langjähriger, internationaler Unternehmer. Die ganze Welt bewundert das schweizerische System, nur unsere sogenannte Elite verachtet es.

Kein schleichender EU-Beitritt

Am 9. Februar 2014 hat der Souverän zu einer zuvor preisgegebenen Unabhängigkeit zurückgefunden. Die Schweiz will die Zuwanderung eigenständig steuern! Damit hat die Mehrheit von Volk und Ständen der Classe politique klargemacht: Die Schweiz ist nicht Teil der Europäischen Union und will der EU

Was ein lockerer Staatenbund war, entwickelte sich schliesslich zu einem staatsähnlichen Gebilde. Ziel wurde die Vereinheitlichung, der Zentralstaat und die Grossmacht.



«Am 9. Februar hat der Souverän zu einer zuvor preisgegebenen Unabhängigkeit zurückgefunden. Die Schweiz will die Zuwanderung eigenständig steuern!»

NATIONALRAT CHRISTOPH BLOCHER,
VIZEPRÄSIDENT SVP SCHWEIZ, HERRLIBERG (ZH)

weder auf direktem noch auf indirektem Weg beitreten. Eine institutionelle Einbindung mit automatischer Übernahme künftigen Rechts und Anerkennung fremder Richter kommt nicht in

Frage. Die Schweiz will aber mit der EU weiterhin gute nachbarschaftliche Beziehungen pflegen, insbesondere auch, um im gegenseitigen Interesse den gegenseitigen Marktzutritt zu erleichtern. Unser Land ist aber nicht Mitglied des europäischen Binnenmarktes und hat auch nicht die Absicht, dies zu werden. Wir sind jederzeit gerne bereit, bei auftretenden Problemen in gegenseitigem Einvernehmen nach Lösungen zu suchen, wobei die Souveränität der EU wie auch jene der Schweiz zu wahren ist.

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an klartext@svp.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Überlassen Sie Kalkschutz und Korrosion nicht dem Zufall - damit Wasser **WASSER** bleibt.



SIROX Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.sirox.ch info@sirox.ch

100 Jahre FMS 30. 5. – 1. 6. 2014 in CH-3250 Lyss

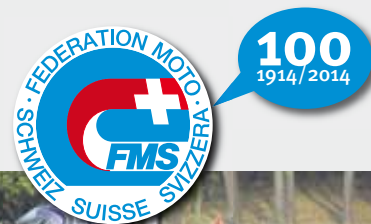
Festmeile

Jubilé

Strada della festa

Festival mile

Mail 100jahrefms@gmx.ch
www.100jahrefms.ch



Festprogramm

Donnerstag, 29.05.14
Anreise unserer Gäste aus dem Ausland

Freitag, 30.05.14
ab 12.00 Uhr Internationales Motorrad-treffen / Festmeile
10.00 Uhr geplante Ausfahrt mit Gästen – siehe Homepage
16.30 – 18.00 Uhr Gerloser Nachtschwärmer aus dem Zillertal
20.15 Uhr Ramba Zamba mit den Gerloser Nachtschwärmern
Barbetrieb

Samstag, 31.05.14
ab 08.00 Uhr Internationales Motorrad-treffen / Festmeile
10.00 Uhr geplante Ausfahrt mit Gästen – siehe Homepage
13.30 – 16.30 Uhr Auftritt der Rock-Gruppe «Rocky Bones»

16.30 – 18.00 Uhr Gerloser Nachtschwärmer aus dem Zillertal
20.15 – 21.30 Uhr Steelband Lyss
21.45 – Open End mit den Gerloser Nachtschwärmern / Zillertal Barbetrieb

Sonntag, 1.06.14
ab 08.00 Uhr Internationales Motorrad-treffen / Festmeile
09.00 Uhr Motorfahrerandacht
09.45 – 11.00 Uhr Frühschoppenkonzert des Spiels der Kantonspolizei Bern
ab 11.15 Uhr Auftritt der «Rocky Bones»
13.15 Uhr Grosser Umzug unter dem Motto «Einst & Jetzt»
(siehe Homepage www.100jahrefms.ch)

Walter Wobmann
Zentralpräsident
Nationalrat

SCHALTER RAUS SIGMALON REIN

sigmalon.ch

So einfach kombinieren Sie witterungsabhängige Funktionen, Anwesenheitssimulation, Schockbeleuchtung mit Komfortfunktionen wie Lichtstimmung und „Alles-Aus“. Wussten Sie, dass Sigmalon auch für Ihre spezielle Aufgabe programmiert werden kann? Rufen Sie uns an: Tel. 071 626 70 60

EDANIS Elektronik AG Bürglen TG

SIGMALON®

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlament.ch, Peter Schaub.

Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier persönlich!

Auch im Rahmen der Sonder- und der Sommersession gehen unsere eidgenössischen Parlamentarier wieder unter die Leute und berichten an öffentlichen Veranstaltungen über die Session. Hier finden Sie alle Anlässe, die uns bis Redaktionsschluss gemeldet wurden. Die aktuelle Liste aller „SVP bi de Lüt“-Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.svp.ch unter der Rubrik Aktuell-Termine. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich direkt durch einen SVP-Parlamentarier informieren zu lassen und besuchen Sie einen Anlass in Ihrer Nähe:

Kanton Aargau



Nationalrat
Hans Killer (AG)

21. Juni 2014, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Wettingen

Kanton Sankt Gallen



Nationalrat
Roland Rino Büchel (SG)

12. Mai 2014, 20.00 Uhr
Rest. Hirschen, Montlingen

20. Mai 2014, 20.00 Uhr
Festung Felsberg,
St. Margrethen

Kanton Schaffhausen



Ständeratspräsident
Hannes Germann (SH)
Nationalrat
Thomas Hurter (SH)

20. Juni 2014, 20.00 Uhr
Ort noch offen



Kanton Bern



Nationalräte (BE)
Albert Rösti, Adrian
Amstutz

17. Juni 2014, 20.00 Uhr
Mehrzweckanlage, Uttigen



Kanton Thurgau



Ständerat
Roland Eberle (TG)
Nationalräte (TG)
Markus Hausammann,
Hansjörg Walter,
Verena Herzog

1. Juli 2014, 20.00 Uhr
im Rebberg zwischen
Märstetten und Weinfelden

Weitere Infos:
www.svp-thurgau.ch



Kanton Zug



Nationalrat
Thomas Aeschi (ZG)
26. Juni 2014, 19.30 Uhr
SeminarHotel,
Seestrasse 10, Unterägeri

Kanton Zürich



Nationalrat
Jürg Stahl (ZH)
2. Juli 2014, 19.00 Uhr
Auf dem Hof von
Leo Schmid, Giselschulden,
8474 Dinhard



Nationalrat
Hans Egloff (ZH)
21. Juni 2014, 11.00 Uhr
Restaurant Dörfli,
Uitikon Waldegg

Kanton Luzern



Nationalrat
Yvette Estermann (LU)
15. Mai 2014, 18.00 Uhr
Buvette, Inselipark, Luzern

Krim ist überall

Sicherheit
zuerst!



zum Gripen

am 18. Mai

Der Gripen ist ein wichtiger Pfeiler einer glaubwürdigen Armee – über 30 Jahre lang!

gripen-ja.ch

Lohndiktat

***Vernichtet
Arbeitsplätze.***



**ZUM SCHÄDLICHEN
MINDESTLOHN**

www.mindestlohn-nein.ch